

KLEINE ANFRAGE

des Abgeordneten Henning Foerster, Fraktion DIE LINKE

**Überwachung durch zuständige Stellen im Rahmen der Berufsausbildung
und**

ANTWORT

der Landesregierung

Der Ausbildungsreport des DGB vom 22.11.2011 hat die duale Berufsausbildung grundsätzlich als Erfolg bewertet, jedoch auch Problemstellungen benannt. Hierzu zählen insbesondere die Anordnung von Überstunden ohne Vergütung durch Unternehmen im Hotel- und Gaststättengewerbe.

1. Wie oft wurden in Mecklenburg Vorpommern in den Jahren 2010 und 2011 Kontrollen durch die nach §§ 71 und 76 Berufsbildungsgesetz für die Überwachung der Berufsausbildung zuständigen Stellen (IHK, HWK etc.) durchgeführt und mit welchem Ergebnis (bitte Anzahl der Abforderung von Unterlagen und Anzahl der Betriebsbesichtigungen angeben)?

In den Jahren 2010 und 2011 wurden in Mecklenburg-Vorpommern folgende Kontrollen durch die nach §§ 71 und 76 Berufsbildungsgesetz für die Überwachung der Berufsausbildung zuständigen Stellen durchgeführt:

Ergebnis	2010	2011
1. Anzahl der Abforderungen von Unterlagen	1.604	1.601
2. Anzahl der Betriebsbesichtigungen	4.472	3.721

2. Wie viel Personal steht für die zu Frage 1 erfragte Aufgabe in Mecklenburg Vorpommern aktuell zur Verfügung?

In Mecklenburg-Vorpommern stehen für die zu Frage 1 erfragte Aufgabe 33,5 Beraterinnen und Berater zur Verfügung.

3. Wie oft wurden der Aufsichtsbehörde nach dem Jugendarbeitsschutzgesetz Wahrnehmungen mitgeteilt, die gemäß § 76 Absatz 5 Berufsausbildungsgesetz von Bedeutung sind und mit welchen Konsequenzen?

Im Zeitraum 2010/2011 sind 6 Anfragen/Beschwerden aus dem Bereich Hotel- und Gaststättenwesen in Bezug auf das Jugendarbeitsschutzgesetz bearbeitet worden. Die Sachverhalte wurden durch Beratung und Revisionschreiben geklärt.

In einem Fall wurden die festgestellten Verstöße durch Bußgeldbescheid geahndet.

4. Welche Kenntnis hat die Landesregierung bezüglich der Existenz von Jugend- und Auszubildendenvertretungen gemäß § 70 BetrVG (bitte nach Branchen und in Prozent angeben)?

Zu diesem Sachverhalt liegen der Landesregierung keine Erkenntnisse vor.